

VRB fordert einen vorsichtigen Übergang vom Wechsel- in den Präsenzunterricht

In den meisten Bundesländern starten die Schulen unmittelbar nach den Pfingstferien mit dem Präsenzunterricht. In Rheinland-Pfalz hingegen sollte vor der Wiedereinführung des Präsenzunterrichts ursprünglich ein 14-tägiger Wechselunterricht stattfinden. Jetzt kündigt Bildungsministerin Dr. Hubig an, dass die Schülerinnen und Schüler im Land nach dem Ende der Pfingstferien ab dem 7. Juni nur noch für eine Woche im Wechselunterricht bleiben und danach wieder ab dem 14. Juni in voller Klassenstärke in die Schulen zurückkehren sollen. Dass der ursprünglich für zwei Wochen vorgesehene Wechselunterricht um eine Woche verkürzt wird, begründet die Ministerin mit den fallenden Inzidenzwerten.

Der Verband Reale Bildung (VRB) hält die rheinland-pfälzische Strategie einer Verkürzung des Wechselunterrichts von zwei auf eine Woche mit Blick auf die fallenden Corona-Inzidenzwerte für nachvollziehbar – jedoch nicht ohne Wenn und Aber. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler erklärte heute gegenüber dem SWR Rheinland-Pfalz: „Infolge der derzeitigen Entwicklung der Inzidenzzahlen und aufgrund der Tatsache, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen des öffentlichen Lebens Lockerungsmechanismen starten, hat das Bildungsministerium die Sachlage neu bewertet. Einen möglichen Direktstart in den Präsenzunterricht nach den Pfingstferien hat der VRB von vornherein ausgeschlossen. Aber auch die Verkürzung des Wechselunterrichts kann nur unter der Voraussetzung akzeptiert werden, dass die erkennbar positive Entwicklung anhält“, so der VRB-Chef.

Der VRB sieht in den aktuellen Inzidenzwerten lediglich eine Momentaufnahme. Auch wenn die Zahlen aktuell landesweit sinken, sei es dennoch erforderlich, das Infektionsgeschehen nach den Pfingstferien mit größter Aufmerksamkeit zu beobachten. Der einwöchige Wechselunterricht biete – im Gegensatz zur Sofortrückkehr in den Präsenzunterricht – einen Zeitraum, um festzustellen, ob sich die Infektionszahlen auch vor dem Hintergrund des Ferien- und Reiseverhaltens stabilisierten bzw. abflachten oder ob wieder ein bedenklicher Anstieg registriert würde. Erforderlichenfalls sei ein flexibles und zeitnahes Reagieren notwendig.

Unabhängig von der aktuellen Situation fordert der VRB die Landesregierung auf, die Schulen endlich zukunfts- und damit auch ein Stück weit pandemiesicher zu machen. Beispielhaft trügen dazu bei: Hepa-Luftfilter und eine stringenter Verfolgung der Digitalstrategie. Ein großes Thema sei nach wie vor die Personalsituation. Corona habe verstärkt deutlich gemacht, dass die Unterrichtsqualität auch von der Klassengröße abhängt. „Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, damit wir die Klassen kleiner machen können“, erklärt Lichtenthäler. Die neue Landesregierung müsse diesbezüglich endlich ein deutliches Zeichen setzen, so der VRB.

Zum Hintergrund

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen.

Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule, für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.